

Umgang mit Rechtsformwechseln

(bei denen keine gewerberechtliche Meldepflicht besteht)

Hersteller-Workshop 2017 – XGewerbeanzeige

Berlin, 24.10.2017

Ausgangslage

In der praktischen Tätigkeit des Gewerbebeamten kommt es häufig zu Fallkonstellationen, die allein mit den Mitteln des Gewerberechts nicht immer hinreichend abgebildet werden können. Hierzu zählen unter anderem Rechtsformwechsel eines Gewerbebetriebes, die keine gewerberechtliche Meldepflicht auslösen.

Beispiele:

Peter Mustermann wird zu Peter Mustermann e.K.

A&B GbR wird zur A&B OHG

A GmbH wird zur A GmbH&Co.KG

Problem – Notwendigkeit der Übermittlung nachvollziehbarer Daten

Auch wenn in solchen Fällen keine gewerberechtliche Meldepflicht vorliegt, ist die Kenntnis dieser Rechtsformwechsel für die Empfänger von Gewerbeanzeigen wichtig, da sie die Form der Unternehmen widerspiegelt, wie diese am tatsächlichen Rechtsverkehr teilnehmen.

Beispiele:

A GmbH wird zur A GmbH&Co.KG

Bei einer klassischen GmbH&Co.KG nimmt die KG aktiv am tatsächlichen Rechtsverkehr teil. Sie ist jedoch nicht Gewerbetreibende und somit nicht meldepflichtig. Die als Komplementärin tätige GmbH ist Gewerbetreibende im Sinne des Gewerberechts und somit meldepflichtig – tritt im tatsächlichen Rechtsverkehr jedoch kaum in Erscheinung.

Peter Mustermann wird zu Peter Mustermann e.K.

Verwendet Peter Mustermann als Firma nach der Eintragung im Handelsregister beispielsweise „ABC e.K.“ sind Recherchen nach der neuen Firma kompliziert.

Solche Änderungen der Rechtsform eines Gewerbebetriebs werden derzeit in den Gewerbeämtern unterschiedlich behandelt. Um ein einheitliches Vorgehen zu erreichen, soll diese Handlungsempfehlung dienen.

Rechtsgrundlage

Gewerbetreibende haben auf Grund der Datenschutzgesetze der Länder einen Anspruch auf Änderung der über sie gespeicherten Daten. Über die Änderung der Daten sind die Stellen zu informieren, die die unrichtig gewordenen Daten bereits im Rahmen von Datenübermittlungen erhalten haben.

z.B.

Brandenburg - [§ 19 BbgDSG](#)

Niedersachsen - [§ 17 NDSG](#)

Für die Abwicklung dieser Änderungen und Übermittlungen sind keine Formvorschriften fixiert.

Verfahrensweise bei bloßer Anwendung freiwilliger Ummeldungen (nicht empfohlen)

Zum Gewerbedatensatz wird durch den Sachbearbeiter eine bloße Änderung der Firma (unter Ergänzung der Registereintragungen) vorgenommen. Genaue Daten zum Rechtsformübergang sind entweder gar nicht oder nur im sendenden Fachverfahren erkennbar.

Das Verfahren ist im Rahmen von Datenübermittlungen wenig geeignet ist, der Empfängerseite eindeutige Informationen über das nach außen hin tätige Rechtssubjekt zu geben. Rechtsformänderungen sind auf Empfängerseite in der Regel nur über die Historisierung des bereits übermittelten Datensatzes ersichtlich.

Hinweis:

Bei einer Ummeldung darf **keine neue GewerbeBetriebID (UUID)** vergeben werden.

Aus den vorgenannten Gründen wird die nachfolgend vorgestellte Verfahrensweise empfohlen.

Empfohlene Verfahrensweise unter Anwendung von An- und Abmeldungen

1. Im Falle des Rechtsformwechsels (bei dem keine gewerberechtliche Meldepflicht vorliegt), soll eine kostenfreie An- und Abmeldung aufgrund Rechtsformwechsel vorgenommen werden.
2. Im Feld 26 (Name des früheren/künftigen Gewerbetreibenden oder früherer Firmenname) ist das jeweilige neue/alte Unternehmen zu vermerken.

[GewA1](#)

[GewA3](#)

3. Technisch betrachtet wird in diesen Fällen eine **neue GewerbeBetriebID (UUID)** angelegt.
4. Um die Historie des Betriebs weiterhin zu kennen kann es auf Fachverfahrensebene sinnvoll sein, eine Verknüpfung zu den Alt-Daten vorzunehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

René Land
Servicebereichsleiter Gewerbeangelegenheiten
Stadt Cottbus

Kontakt: rene.land@cottbus.de
0355-6122840